

# Danziger Zeitung



# Beitung

No 16531.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserten kosten für die Petzzeile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnierten bitten wir, die Bestellungen auf die "Danziger Zeitung" für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Verwendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro 3. Quartal 1887 5 M., für Danzig incl. Bringerlohn 5 M. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 M. 50 Pf. pro Quartal:

Kettelerstrasse Nr. 4 in der Expedition, Alte Graben Nr. 108 bei Herrn G. Henning, Alte Graben Nr. 47 bei Herrn Dr. Dichter, Seil. Strasse Nr. 26 bei Herrn Carl Stüdt, Fischmarkt Nr. 26 bei Herrn Wilhelm Beitz, Seil. Strasse und Al. Krämergasse-Ecke bei Herrn Restaurateur Riede, Hinterer Lazarett Nr. 3 bei Herrn Restaurateur Groß, Hobelnmarkt Nr. 32 bei Herrn J. v. Glinski, Brodbauschen und Kürschnergasse-Ecke bei Herrn A. Mariens, Nassabenden Markt bei Herrn Winkelhausen, Langgasse Nr. 102 bei Herrn A. Lüng, Paradiesgasse Nr. 14 bei Herrn D. Schirach, Kettelerstadt Nr. 37 bei Herrn Ad. Beyer, Baumenshul Nr. 48 bei Herrn Paulowitz, Poggensehule Nr. 73 bei Herrn Kirchner, Hohe Seige Nr. 27 bei Herrn Wolff, Hammabau Nr. 30 a. bei Herrn Herrmann, Weidengasse Nr. 32 bei Herrn v. Kollow, Schwarzes Meer (Gr. Berga, 8) bei Herrn Schauwski, Petershagen a. d. N. Nr. 8 bei Herrn Angermann.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 30. Juni.

### Vor und nach den Steuerbewilligungen.

Vor der Bewilligung von neuen Steuern ist bekanntlich immer von den entsprechenden Erleichterungen, von einer anderweitigen gerechteren Verteilung der Lasten, von der notwendigen Beihilfe für die unter schwerem Steuerdruck leidenden Communen die Rede. Dasselbe Thema haben auch bei den letzten Verhandlungen im Reichstage konzertiert und nationalliberale Redner nach den verschiedensten Richtungen hin beleuchtet.

Nach der Bewilligung tritt die bekannte Wendung ein. Dann ist zu den vorher geprägten notwendigen Reformen und Erleichterungen nicht Geld genug vorhanden oder es wird anerkannt, daß die von der Opposition hervorgehobenen Hindernisse den Reformen wirklich entgegenstehen. Wenn von freisinnigen Rednern im Reichstage geltend gemacht wurde, daß die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer oder auch nur eines Theiles derselben nicht durchzuführen sei, so lange im Osten unsere jetzige Communalverfassung besteht, so wurde das von der Majorität einfach ignoriert. Heute gesteht die freikonservative "Post", welche sich in einem beispielserwerblichen Artikel mit der Weiterführung der Steuerreform beschäftigt, ohne weiteres zu, daß „es in allen Landesteilen, in denen selbständige Guisezirkle bestehen, an geeigneten Trägern für die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer fehlt.“

Aber die "Post" gesteht jetzt auch jener ein, daß es zu den in Aussicht gestellten Erleichterungen und Reformen in Preußen trotz Brautwein- und Zuckersteuer an dem nötigen Geld fehlt, denn abgesehen von der Alters- und Invalidenversicherung werde noch ein Theil des Ertrages der neuen Steuern zur Deckung dringender, bei der schlechten Finanzlage bisher unzureichender Ausgabenbedürfnisse im Anspruch genommen. Welche das sind, sagt die "Post" nicht. Sie fügt hinzu: "Wird nicht zulässig ein erheblicher Betrag für die bezeichneten Reformzwecke festgesetzt, so steht sogar zu befürchten, daß auf dem Wege der Vermehrung der Ausgaben soviel in

Polnischer Widerstand".

Unser Posener ?- Correspondent schreibt uns vom 29. Juni:

Die "Posseische Zeitung" brachte dieser Tage die Mitteilung, daß „schwol seitens der polnischen Emigration in Paris, als auch seitens der polnischen Aristokratie im ehemaligen Königreich Polen, und namentlich in Galizien, Vereinbarungen getroffen und Geldmittel stützlich gemacht worden seien, um der Verringerung des polnischen Grundbesitzes in den preußischen Gebietsteilen Widerstand entgegenzusetzen. Man sei polnischerseits fest entschlossen, dem bietenden preußischen Fiscus die betreffenden Güter nicht mehr, oder nur unter den erschwerendsten Geldbedingungen zu überlassen“. Diese Meldung bedarf entschieden der Richtigstellung. Denn abgesehen von einigen Aktionen à 1000 Mark, welche drei oder vier Kralauer beziehentlich Lemberger Vereine erworben, und einzigen unbedeutenden Beträgen, welche vor einigen Monaten aus Warschau und Sibirien eingeliefert, sind bei der Posener polnischen Rettungsbank die Gelder nur sehr mager und in überaus langen Zwischenräumen eingegangen. Das clericale Organ "König Poz", welches gegenwärtig nahezu ein Jahr sammelt, hat laut öffent-

des Rückgrats und den oberen Theil der Planten, weil diese das Material zu den Roastbeefs und Beefsteaks liefern; die übrigen Theile werden nur als Fleisch zweiter Klasse und als Abfall betrachtet, zu letzterem Kopf, Beine und Brustklappen gerechnet.

Der Stolz des Engländer ist das Beefsteak, zu dem immer das Kreuzstück genommen wird, während der Deutsche und Franzose das Fleisch von dem unteren Theile der Ochsenlende verwendet. Alexander Dumas der Ältere sagt von dem englischen Beefsteak: "Es ist unendlich schmackhafter als das französische Filet, und wer es in seiner ganzen Vorzüglichkeit kennen lernen will, der muß eine der alten heimlichen Tavernen der Londoner City aufsuchen, wo man es mit Blaettersause, Anchovysbutter oder saurer Butter anzurichten pflegt." Ebenso beliebt sind Colllops, d. s. dünn in Scheiben geschnittene Fleischstücke, die sich dadurch von den Steaks unterscheiden, daß sie viel kleiner sind, und Gobbets, die noch viel kleiner geschnitten werden.

Suppe ist sehr selten, wird sie aber aufgetragen, so ist sie ungemein stark gehäuft. Besonders gebräuchlich ist die Ochsenhalsuppe, mit der entsprechenden Portion Brot oder Brotzeit, für Gourmands Schildkrötenuppe und falsche Schildkrötenuppe.

Von anderen Fleischsorten liebt der Engländer vorzüglich Hammelbraten, namentlich Hammelschnitte, die bloß von dem Hintertheile des Thieres bereitet werden. Im Frühjahr wird Lammbraten mit Brotkraut aufgesetzt. Schwedische Suppe kommt selten auf den Tisch, dann gewöhnlich mit Apfelcompot, noch seltener aber Kalbsbraten.

Ein besondere Vorliebe hat der wohlhabende

andere Canäle geleitet wird, daß es an den nötigen Mitteln zu einer auch nur theilweisen Durchführung der Reformen auch ferner fehlen wird.“ Diese Furcht des conservativen Blattes halten wir für durchaus begründet. Sie ist auch von unseren Freunden im Reichstage getheilt und deshalb haben sie — leider vergeblich — vor der Fortsetzung einer Finanzpolitik eindringlich gewarnt, welche entgegen allen constitutionellen Regeln zuerst einen großen Betrag von Einnahmen bewilligt haben will und dann erst daran geht, zur Verwendung dieser Einnahmen die entsprechenden Ausgaben ausfindig zu machen. Selbst in den preußischen Landtagssämmern wäre eine solche Finanzpolitik auf energischen Widerstand gestoßen; heute steht es „liberate“ Politiker, welche sich mit derselben abfinden. Eine sparsame und knappe Vermeidung der Ausgaben, wie sie uns bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen Not thut, ist nur dann zu ermöglichen, wenn man Einnahmen nur auf Grund ganz spezieller, begründeter und auch durch die Volksvertretung gebilligter Nachweisung der Ausgaben, zu deren Deckung die Einnahmen dienen sollen, bewilligt.

Das conservative Berliner Blatt ist aber mit seinen Zugeständnissen noch nicht am Ende. Es räumt ein, daß auch für eine organische Reform der direkten Steuern in Preußen die Voraussetzungen noch fehlen — bekanntlich ist dies sowohl von seinen Parteigenossen als auch von rational-liberalen Rednern im Reichstage bestritten. Deshalb sagen sie sich bei ihrer Bekämpfung des freisinnigen Antrages auf Einführung einer Reichs-einkommensteuer mit der Einwendung zurück, daß der an sich zu billigende Zweck des freisinnigen Antrages durch Reform der Einkommensteuer in den Einzelstaaten, insbesondere in Preußen, erreicht werden könnte. Schon jetzt ist die Tonart eine andere. Jetzt fehlen die Voraussetzungen einer solchen Reform — genau das, was die freisinnigen Redner im Reichstage sagten. Aber damit doch wenigstens die Wohlhabenderen schärfer hingezogen werden — meint die "Post" — müsse in den nächsten preußischen Landtagssessionen wenigstens das Veranlagungswesen für die Einkommensteuer geändert werden. Wenn die "Post" meint, daß könnte geschehen, ohne die Frage der Quotierung zur Diskussion zu stellen, so irrt sie. Bei jeder beabsichtigten Erhöhung einer Steuer muß diese Frage naturgemäß in den Vordergrund treten.

Das conservative Organ meint schließlich, es müsse dem Schuldenabtretungsgebot endlich näher getreten werden. Wir haben gewiß nichts dagegen.

Aber woher will die jetztige Majorität die Mittel dazu nehmen? Nach ihren eigenen Ausschreibungen in demselben Artikel bleibt für diesen Zweck von

der Brautwein- und Zuckersteuer nichts übrig.

Wenn eine solche Erhöhung schon heute so kurz nach dem lauten Siegesfest eintritt und keine andere Perspektive für die Zukunft bleibt, als eine Erhöhung der Einkommensteuer in Preußen — wie wird es erst einige Monate später aussehen?

Polnischer Widerstand.

Unser Posener ?- Correspondent schreibt uns vom 29. Juni:

Die "Posseische Zeitung" brachte dieser Tage die Mitteilung, daß „schwol seitens der polnischen Emigration in Paris, als auch seitens der polnischen Aristokratie im ehemaligen Königreich Polen, und namentlich in Galizien, Vereinbarungen getroffen und Geldmittel stützlich gemacht worden seien, um der Verringerung des polnischen Grundbesitzes in den preußischen Gebietsteilen Widerstand entgegenzusetzen. Man sei polnischerseits fest entschlossen, dem bietenden preußischen Fiscus die betreffenden Güter nicht mehr, oder nur unter den erschwerendsten Geldbedingungen zu überlassen“. Diese Meldung bedarf entschieden der Richtigstellung.

Denn abgesehen von einigen Aktionen à 1000 Mark,

welche drei oder vier Kralauer beziehentlich Lemberger Vereine erworben, und einzigen unbedeutenden

Beträgen, welche vor einigen Monaten aus Warschau und Sibirien eingeliefert, sind bei der Posener polnischen Rettungsbank die Gelder nur sehr mager und in überaus langen Zwischenräumen eingegangen.

Das clericale Organ "König Poz", welches gegenwärtig nahezu ein Jahr sammelt, hat laut öffent-

licher Quittung bis zum vorigestrigen Tage nur 5020 M. der "Österr. Post", das Blatt der polnischen Arist. und Plutokratie, im ganzen nur 3400 M. zusammengebracht. Alles in Allem dürfte die Rettungsbank hierbei nicht über 100 000 M. verfügen. Was nun die polnische Aristokratie-Colonie in der Hauptstadt der französischen Republik anbelangt, so haben auch die hierigen Polen von den dortigen Kreisen nichts zu erwarten. Als im vergangenen Monat die Pariser Volks im Jahresfest der Confédération von Var feierlich beginnen, erklärte Fürst Czartoryski, daß die Emigration, selbst in ihren wohlhabendsten Mitgliedern, für die wirtschaftlichen Interessen der Polen unter preußischer Scepter absolut nichts thun könne. Dasselbe hat ein alter polnischer Diplomat, der ebenfalls in Paris lebt, an einen Posener polnischen Arzt geschrieben, wie ich aus bester Quelle mittheilen kann.

Ebenso unrichtig ist die Nachricht der "Magdeburgischen Zeitung" in ihrer heutigen Morgen-Nummer, wonach „in der polnischen Presse die Thatache mit Genugthuung verzeichnet werde, daß es in der letzten Zeit polnischen Agenten gelungen sei, beim Verkauf von Gütern die Ansiedlungskommission zu überbieten“. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die polnische Presse hat es sogar lebhaft beklagt, daß die Polen bei den Substaaten mit ihren Offerten so weit hinaufgingen und daß die vier Beiträge, welche Polen jetzt erstanden haben, mit mindestens 150 000 Mark zu teuer bezahlt seien. Von einer „Genugthuung“, wie die "Magdeburgische Zeitung" behauptet, ist in keinem einzigen polnischen Zeitungsblatt die Rede gewesen.

## Das Postsparkassengebot.

Nachdem der Reichstag geschlossen ist, wird die Regierung bemüht sein, auch auf anderem, als dem militärischen und finanziellen Gebiete die Consequenzen der neuen Zusammensetzung des Reichstages zu ziehen. Dazu jetzt, wie vielfach angenommen wird, eine Art Auflage einzutreten werde, so daß der Reichstag zur zweiten Session erst nach Neujahr zusammenberufen zu werden braucht, ist durchaus unwahrscheinlich. Welche Stütze aus dem reichen Arsenal der von dem letzten Reichstage abgelehnten Gesetzentwürfe dennoch wieder hergeholt werden sollen, darüber darf zur Zeit Beschlüsse noch nicht gefaßt; aber an Vorarbeiten in dieser Richtung wird schon jetzt kein Mangel sein. Bekanntlich hat Staatssekretär v. Stephan schon bei der Staatsberatung die letzten Session erkennen lassen, daß die Verabsiedlung des Postsparkassengebotes in Aussicht genommen sei, und es wird abzuwarten bleiben, inwieweit auf die bezüglichen Vorarbeiten die Erklärungen der Herren Struckmann und Genossen Einfluß über werden, daß für die Herstellung von Reichspostsparkassen auf der Basis der früheren Vorlage auch jetzt keine Aussicht sei, während Vorschläge, die Post gewissermaßen zu einer Sammelanstalt für Communalsparkassen zu machen, auch von freisinniger Seite nicht von der Hand gewiesen wurden.

Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß selbst die bezüglichen Abtheilungen des preußischen Staatsrates die dem Reichstage gemachte Vorlage in den wesentlichen Punkten bestanden hatten, daß aber ihre Gesetzesvorschläge durch Vereinziehung des Plenums bestätigt worden waren. Diese gingen dahin, Fürsorge dafür zu treffen, daß den lokalen, kommunalen oder sonstigen Sparkassen nicht die Gemeinnütztheit der bei der Post gemachten Einlagen entzogen und wenigstens ein Theil derselben den Lokalsparkassen überlassen werden sollte. Eine selbständige Organisation der Postsparkassen würde bei dieser Einrichtung zulässig sein, während nach dem Struckmann'schen Vorschlage die Postanstalten nur Annahmestellen für die bestehenden Privat- u. s. w. Sparkassen sein würden.

Ob eine neue Vorlage an diesen Vorschlag anknüpfen oder der im Staatsrat befürwortete Mittelweg eingeschlagen wird, ist noch nicht entschieden. Mit dem wiederholten Drängen auf die Erfolge, welche die eigenständigen Postsparkassen in anderen Ländern erzielt haben, ist nicht viel gethan. Da die Ermächtigung der Postsparkassen, Einlagen in kleinen Beträgen anzunehmen, überall, nament-

lich aber da, wo das Privat- oder Communalsparkassenwesen sehr wenig ausgedehnt ist, den Sparten ankommt, ist selbstverständlich, aber in Deutschland ist schon bisher ohne Mitwirkung der Post das Sparkassenwesen in einer so umfassenden Weise organisiert, daß ein selbständiges Eingehen der Post in Concurrenz mit den bestehenden Kassen eine Ungerechtigkeit sein würde. Wenn z. B. neuerdings wieder auf die Leistungen der österreichischen Sparkassen hingewiesen wird, so ergibt schon eine ganz oberflächliche Betrachtung, wie wenig sich die deutschen und die österreichischen Verhältnisse auf diesem Gebiete vergleichen lassen. Selbst nach dreijährigem Bestehen bleiben die österreichischen Postsparkassen bezüglich der Zahl der Einlagen, wie der Höhe der Einlagen und des Umsatzes unendlich weit zurück hinter denjenigen der Communalsparkassen auch nur einer einzigen preußischen Provinz, wie z. B. Hannover.

Im übrigen sind die politischen Gründe gegen die Centralisierung der Sparkassenlagen im Reichstage gerade von conservativer Seite so nachdrücklich geltend gemacht worden, daß eine Wiederholung der dahin ziellenden Vorschläge völlig vergeblich sein würde.

Über Verschärfung der Zollkontrolle wird in dem Jahresbericht der Stettiner Kaufmannschaft von Stettiner Arbeitern Klage geführt. Im Jahre 1886, wird darüber bemerkt, „ist die zollamtliche Überprüfung der Güter in Stettin eine sehr scharfe geworden. Während früher der Schiffsführer berechtigt war, sich von der Verbindlichkeit für die Declaration der geladenen Güter bis zu einem gewissen Umfang durch einen entsprechenden Vermerk zu befreien, ist er jetzt gezwungen, diese Verbindlichkeit im vollen Maße persönlich zu übernehmen, ja es ist ihm nicht einmal gestattet, in Fällen, wo er selbst zweifelhaft ist und er die Connoissements „in Disput“ gezeigt hat, eine Declaration „in Disput“ abzugeben, er muß vielmehr eine Garantie für die zu entlöschende, ihm selbst häufig unbekannte Colizahl übernehmen und wird bei einer Abweichung in Zollstrafe genommen. Beim Einnehmen gewisser Gattungen von Waaren, z. B. Eisenbahnglocken, ist es häufig ganz unmöglich, die genaue Stückzahl der geladenen Schwellen festzustellen, ebenso sind „Disput“-Zeichnungen beim Einnehmen von vielen einzelnen Colli unvermeidlich, was jeder mit dem Schiffsführer vertraute bestätigen wird. Winzengewicht wäre es, wenn das frühere den Handelsverhältnissen Rechnung tragende System wieder eingeführt würde, um so mehr als beabsichtigte Zollabfuhraktionen seitens der Schiffsführer wohl zu den seltenen Ausnahmen gehören.“

Einige Erklärungen in der zollamtlichen Abfertigung erwartet man übrigens in den preußischen Ostseebächen von der für den 1. Oktober bevorstehenden Einführung des neuen Zollabfertigungsregulativs in Hamburg, da man voraussetzt, daß in Folge dessen auch das Abfertigungs-Verfahren in den preußischen Häfen einer gründlichen Revision unterzogen und den preußischen Häfen mindestens diejenigen Vergünstigungen in Bezug auf rasche Abfertigung und Kostenersparnis gewährt werden, welche Hamburg erhält.

## Das schweizerische Spiritusmonopol.

Dem Vernehmen nach dürfte das schweizerische Spiritus-Monopol noch nicht für den 1. Oktober 1887, sondern wahrscheinlich etwas später, vielleicht erst am 1. Januar 1888 in gesetzlichen Vollzug treten. Sobald die Ausarbeitung des Pflichtenhefts für die einheimischen Brenner, womit man gegenwärtig beschäftigt ist, vollendet ist, dürfte der Bund mit den ausländischen Lieferanten wegen Beschaffung eines Quantums von ungefähr 100 000 Decolitern in Verbindung treten. Der Bund hat beflossen, sich vom Auslande nur Rohspiritus liefern zu lassen, während er sodann in den außer Betrieb gesetzten Brennereien auf eigene Rechnung destillieren wird. Die ausländischen Lieferanten werden voraussichtlich vom Juli 1887 angefangen ihre bezüglichen Offerten an das eidgenössische Finanzdepartement in Bern zu richten haben. Die Entscheidung über die Offerten dürfte nicht vor dem Monat Oktober erfolgen, da bis dahin erst die nothwendigen Depots fertig gestellt sein werden.

Eine Art culinarische Reform haben die Londoner Clubs herbeizuführen gesucht, namentlich der Reformclub. Der Club besaß in seinem Koch-Salon eine Perle der Kochkunst. Wenn hervorragende Fremde als Gäste im Club weilten, so ruhte sein Ehrgeiz nicht, neue und auffallende Gerichte auf die Tafel zu bringen. Noch heute erzählen die gelehrten Gourmands mit Begeisterung von dem "Bündbeutel à la Cloutar", zu Ehren O'Connells, und dem "Eis à la Ibrahim Pacha", zu Ehren dieses bekannten Herrschers von Ägypten.

Allein die Bemühungen der Clubs haben sich nur auf ihren eigenen engen Kreis erstreckt, außerhalb desselben fanden sie keinen Anklang und Nachahmung. Man blieb in dem Gros der Bevölkerung bei der von den Vätern ererbten und so wohl erprobten Lebensweise.

Sehr richtig charakterisiert der Statistiker Adolf Franz die Consequenzen der Nahrung in England. "Stadtossige" Nahrung, namentlich Fleischfleisch, schafft müßige, entschlossene, energische, widerstandsfähige Menschen, während stadtossige, vegetabilische Stoffe Sanftmut und Ruhe, aber auch Muth- und Kraftlosigkeit, Feigheit und Slaveninnigkeit erzeugen. Viehzucht und Viehhaltung sind in ihrer Wirksamkeit für die Ernährung die Mütter und Ammen der Bevölkerung, und wie diese durch die Erfüllung ihrer Aufgaben entscheidend für die Stände ganzer Generationen. Die Wertschätzung des Engländer auf allen Gebieten menschlicher Production ist vorzugsweise der Erfolg seiner reichlichen und gesunden Brod- und Fleischernährung, und wegen dieses Erfolges stehen Landbau und Viehzucht bei seinem Volke in solcher Blüthe und Wirksamkeit wie beim englischen.





